

Zeitschrift: Heimatschutz = Patrimoine
Herausgeber: Schweizer Heimatschutz
Band: 98 (2003)
Heft: 2

Artikel: Zwei Jahre nach der Raumplanungsrevision : Bauen im
Landwirtschaftsgebiet bleibt ein Zankapfel
Autor: Badilatti, Marco
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-176037>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zwei Jahre nach der Raumplanungsrevision

Bauen im Landwirtschaftsgebiet bleibt Zankapfel

Seit ihrer Einführung bereiten das Raumplanungsgesetz und dessen Verordnung beim Bauen ausserhalb der Bauzonen Sorgen. Daran hat auch die vor gut zwei Jahren in Kraft getretene Revision wenig geändert. Im Gegenteil! Die Probleme haben sich verschärft, die Fronten zwischen den Verfechtern einer liberaleren und einer restriktiven Baubewilligungspraxis verhärtet. Eine Tagung der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung (VLP) in Aarau zog Bilanz.

Marco Badilatti, Publizist, Zumikon

Mit dem Raumplanungsgesetz von 1979 wurde der Bodenmarkt in eine Bauzone und eine Nichtbauzone aufgeteilt. Ausserhalb der Bauzone waren fortan nur noch standortgebundene Anlagen, solche für die Bodenbewirtschaftung sowie gewisse Umbauten bestehender Gebäulichkeiten erlaubt. Die Regeln bestimmte der Bund. Der Umgang mit den Ausnahmegewilligungen bereitete jedoch in vielen Kantonen Mühe und führte trotz einer konsequenten Bundesgerichtspraxis häufig zu Rechtskonflikten.

Endlose Revisionitis

In den 1990er Jahren wurde gefordert, die Ausnahmegewilligungen zu lockern. Gegen den Widerstand derjenigen (worunter der Schweizer Heimatschutz), die befürchteten, dadurch dem Wildwuchs im Landwirtschaftsgebiet und der weiteren Zersiedelung des Landes Vorschub zu leisten, traten Ende 2000 eine Teilrevision des Gesetzes und eine Totalrevision der Verordnung in Kraft. Seit dem Sommer 2002 steht aber schon wieder eine Überarbeitung an. Auch sie ist stark umstritten, wie Stephan Scheidegger, Chef der Sektion Recht des Bundesamtes für Raumentwicklung in Aarau aufgrund einer ersten Vernehmlassungsanalyse darlegte. Den einen gehe sie zu weit, die andern forderten eine noch stärkere Liberalisierung. Insbesondere an der vorgeschlagenen Obergrenze für Nutzungserweiterungen innerhalb des bestehenden Gebäudevolumens auf 200 Quadratmetern mit der Beschränkung auf nur eine zusätzliche Wohneinheit würden sich die Geister scheiden. So möchte

etwa die SVP diese auf 500 Quadratmeter ausgedehnt wissen.

Wirtschaftliche gegen gemeinnützige Interessen

Solche Gegensätze brachen auch an der VLP-Tagung voll durch. Ulrich Ryser vom Schweizerischen Bauernverband verlangte dezidiert raumplanerische Anpassungen, um sowohl den wachstumsorientierten Betrieben als auch der Nebenerwerbslandwirtschaft und den Landwirten, die aussteigen wollen oder müssen, eine Existenzgrundlage zu ermöglichen. Ginge es nach ihm, müssten landwirtschaftliche Bauten ausserhalb der Bauzone weitgehend ungehindert auch für nichtbäuerliche Zwecke sowie zum Wohnen und zum Arbeiten genutzt werden können. Ebenso bestimmt trat dem der Vizedirektor des Bundesamtes für Raumentwicklung, Fritz Wegehlin, entgegen. Er warnte davor, das Landwirtschaftsgebiet zur JEKAMI-Zone zu machen, in der nach neuen parlamentarischen Vorstössen praktisch alles möglich wäre. Dem landwirtschaftlichen Postulat nach einer sozialen Abfederung könne er zwar zustimmen, doch dürfe eine solche nicht auf Kosten der Landschaft und nachhaltigen Entwicklung gehen. Zumal die Zersiedelung in den letzten Jahren ungehindert fortgeschritten sei.

Viele Ideen, kaum Konsens

Vor dem Hintergrund betriebswirtschaftlicher Herausforderungen und Entwicklungsstrategien erinnerte Professor Dr. Bernhard Lehmann von der ETH Zürich an die Multifunktionalität der Landwirtschaft. Diese



dürfe sich nicht nur nach der Produktion marktpreisgerechter Erzeugnisse orientieren, sondern müsse auch die Landschaft als Kollektivgut im Auge behalten, zumal ihr für entsprechende Leistungen erhebliche Steuergelder zuflössen. Um die Interessenkonflikte zwischen Bauen und Landschaftserhaltung zu mindern, schlug VLP-Direktor Rudolf Mugli vor, eine Expertenkommission für Raumplanungsstrategie zu bilden, das Gesetz zu vereinfachen, auf eine Feinsteuerung des Bundes zu verzichten, für mehr Rechtssicherheit zu sorgen und angesichts der kurzlebigen Produktionsmethoden vermehrt befristete Bewilligungen für Temporärbauten zu erteilen. In Gruppenarbeiten wurde moniert, dem Bund nur noch raumplanerische Grundkompetenzen einzuräumen, Detailregeln aber den Kantonen zu überlassen. Angeregt wurden auch kantonale Umnutzungskontingente. Landwirtschaftsvertreter hielten die dezentrale Besiedlung als unabdingbar für die Landschaftspflege, andere Kreise verwiesen auf die lasche Bewilligungspraxis der Kantone und forderten wirksamere Kontrollen durch den Bund. Letztlich aber wird die Gesellschaft zu entscheiden haben, welche Prioritäten sie setzen will (siehe auch Beitrag auf Seite 22).